

GLOBAL VIEW

<http://afa.at>

Nr. IV/2002 / Preis: 3.-

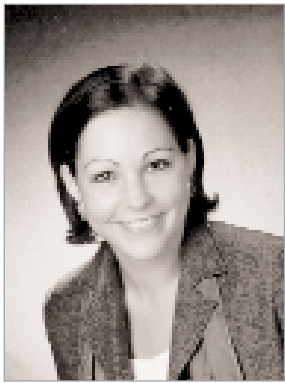
Wie wichtig sind „Hobby“-Diplomaten?



„... aus den Internationalen Beziehungen ist das "Volunteering" nicht mehr wegzudenken und bildet dort die Grundlage vielfältiger Initiativen.“

(Außenministerin Dr. Benita Ferrero-Waldner anlässlich der Verleihung von Bundes-Ehrenzeichen für Freiwilligen-Initiativen auf dem Gebiet der Außenpolitik am 20. November 2002)

Coverstory	
Die Rolle nicht-staatlicher Akteure in außenpolitischen Beziehungen	.. Seite 4
Europäische Union	
Kaliningrad	.. Seite 16
Vereinte Nationen	
Vienna International Model United Nations (VIMUN)	.. Seite 12
International	
„Vienna International Community on Sustainable Development (VICOSD)“	.. Seite 14
Portrait	
Antonio Maria Costa Director-General des United Nations Office at Vienna	.. Seite 22



Liebe Leserinnen und Leser!

Nach der Special Edition - erstmals im Vierfarbdruck - mit allen Informationen zur VIMUN des kommenden Jahres in der vorigen Ausgabe widmen wir uns mit dieser Nummer wiederum allgemeinen politischen Themen.

Als Akademisches Forum für Außenpolitik ist unsere Organisation selbst ein Teil eines nicht-staatlichen Netzwerks eines an internationalen Entwicklungen und Außenpolitik interessierten Personenkreises in Österreich. Den unterschiedlichen Interessenslagen entsprechend gibt es eine Reihe an Organisationen, die schwerpunktmäßig ihre Aktivitäten setzen. Bei unserer Organisation liegt der Schwerpunkt der Arbeit bei der Jugend, im akademischen Bereich und den Vereinten Nationen.

Ein spezielles System von bilateralen Gesellschaften in Österreich wird von Mag. Dinhobl, selbst Gründungsmitglied der Österreichisch-Ecuadorianischen Gesellschaft, durchleuchtet.

Wieder einmal scheint ein Krieg im Irak unmittelbar bevorzustehen. Die USA verstärken täglich ihre Bemühungen, ein Mandat des UN-Sicherheitsrats zu erwirken und die Unterstützung möglichst vieler Staaten dieser Welt dafür zu gewinnen, einem potentiellen Angriff Sadam Husseins zuvorzukommen. Wie sich dieses Vorhaben auf das Volk der Kurden auswirken könnte, berichtet der Kurde Sipan A. S. Sedeek. Einen kritischen Blick wirft dagegen Olivier Naray auf die Haltung der Europäer zu diesem Krieg gegen den Irak und mahnt mehr europäischen Pragmatismus ein.

Der Generaldirektor des UN-Hauptquartiers in Wien Antonio Maria Costa steht diesmal im Zentrum unseres Porträts.

Mit der letzten Ausgabe des Jahres 2002 geht auch meine Tätigkeit als Chefredakteurin des GLOBAL VIEW zu Ende. Ich danke meinem Redaktionsteam für die gemeinsame Arbeit und wünsche meiner Nachfolgerin, Andrea Doczy, die ab 1. Jänner 2003 für unser Magazin verantwortlich sein wird, viel Erfolg und Freude.

Ab dem kommenden Jahr wird das GLOBAL VIEW außerdem gemeinsam mit unserer Mutterorganisation, der von Altbundespräsident Dr. Kurt Waldheim geleiteten Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen herausgegeben.

Im Namen des Redaktionsteams darf ich Ihnen, werte Leserinnen und Leser, viel Freude bei der Lektüre der vorliegenden Ausgabe wünschen!

Mag. Astrid Pircher
Chefredakteurin

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber und Verleger:

Akademisches Forum für Außenpolitik - Österreich, Hochschulliga für die Vereinten Nationen (AFA)
Vorstand vertreten durch Michael F. Pfeifer (Präsident)

Büro, Redaktion und Verlag:

A -1010 Wien, Johannesgasse 2/2/32, Tel./Fax: +43/1/512 85 21, E-Mail: globalview@afa.at, Webpage: <http://afa.at>
Bankverbindung: Erste Bank, BLZ 20111, Kto.-Nr.: 31002405788

Chefredakteurin: Mag. Astrid Pircher

Redaktionsteam:

Monika Alpögger, Mag. Dr. Philip Bittner, Mag. Wolfgang Braumandl, Andrea Doczy, Mag. Claudia Fabrizio, Dr. Ulrike Haider, Schora J. Haschemi, Klaus H. Iro, Bettina T. Kölbl, Roswitha Kremser, Mag. Konrad Lenneis, Hans-Jürgen Mild, Olivier P. Naray, Mag. Ilaria Palieri, Wolfram Pergler, Mag. Stephan F. Resl, Mag. Ursula Schallaböck, Lisa Scheidl, Mag. Thomas Schmidt, Irene B. Stöckl, MA, Martin A. Stradal, András Szigetvari, Mag. Michael W. Waibel, Mag. Christian Wlaschütz

Layout: Daniel Smidt

Druck: Druck 2000 GmbH

GLOBAL VIEW ist ein unabhängiges Magazin von und für Mitglieder und Interessenten der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen und des Akademischen Forums für Außenpolitik (AFA). Der Inhalt stellt die Meinung der jeweiligen Autoren dar und deckt sich nicht notwendigerweise mit der der Liga oder des AFA. Die Redaktion behält sich etwaige Kürzungen von eingesandten Manuskripten vor.

Coverstory

- ▶Mag. Alexander Dinhobl So wichtig sind die Hobby-Diplomaten **Seite 4**

Gastkommentar

- ▶Timothy Franklyn Still Seeking the El Dorado Trail **Seite 6**

International

- ▶Sipan A. S. Sedeeck Ende der kurdischen Selbstverwaltung im Nordirak? **Seite 7**
- ▶Olivier P. Naray Wondering about „W“'s World - Zeit für europäischen Pragmatismus **Seite 9**
- ▶Mag. Stefan Onzek Foro Social Mundial 2002 . . **Seite 10**

Vereinte Nationen

- ▶Daniel Smidt VIMUN 2002 Impressionen . **Seite 11**
- ▶Bettina T. Kölbl VIMUN **Seite 12**
- ▶Irene B. Stöckl, MA Vienna International Community on Sustainable Development (VICOSD) **Seite 14**

Europäische Union

- ▶Kirill Antsiferow Kaliningrad: Im Kontext der Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union **Seite 16**
- ▶Mag. Martin Lugmayr EU-Osterweiterung: Krisenprävention auf Europäisch **Seite 18**
- ▶Dr. Thomas Roithner „Europa Macht Frieden - Macht Europa Frieden?“ Rückblick auf die Schlaininger Sommerakademie 2002 **Seite 20**
- ▶Susanne Fischer

Portrait

- ▶Lisa Scheidl Portrait: Antonio Maria Costa, Director General of UN Office at Vienna **Seite 22**

Rubriken

- ▶Infobox UN Umweltpolitik **Seite 14**



Seite 11 & 12



Seite 10



Seite 16



Seite 22

So wichtig sind die Hobby-Diplomaten

Über bilaterale Gesellschaften in Österreich



Mag. A. Dinhobli
freier Journalist

Diplomatie ist kein Privileg der Exzellenzen. In Österreich engagieren sich viele im internationalen Bereich. Mehr als 100 Vereine und zahlreiche Hobby-Diplomaten widmen sich den „privatisierten“ Außenbeziehungen.

„Private Diplomatie? Man könnte es so nennen“, Walter Gerbautz bringt es auf den Punkt. Der Wirtschaftskammer-Funktionär ist selbst Förderer und Mitglied einiger Gesellschaften, die sich der Verbesserung der Beziehungen zum Ausland verschreiben. „Im Vorfeld der Diplomatie werden auf privater Ebene Kontakte angebahnt und gepflegt; das ist eine wichtige Tätigkeit im privaten Bereich, die dem Ansehen und der Wirtschaft Österreichs enormen Nutzen bringt.“

Die Geschichte dieser Form der „privaten Diplomatie“ begann 1946. Nach den materiellen und vor allem geistigen Zerstörungen des Weltkriegs wurde der erste Verein gegründet. Die Österreichisch-Amerikanische Gesellschaft vereinigte interessierte Österreicher mit dem Ziel des Wiederaufbaus der Beziehungen zu den USA. Die Brücken über den Atlantik sollten nicht nur Handelsvorteile bringen, sondern auch hierzulande das propagandistisch verzerrte Bild der USA korrigieren. Bald folgten Gesellschaften mit ähnlich gelagerten Zielen in Zusammenarbeit mit den Sowjets, Franzosen und Briten.

Kultur und Wirtschaft

„Kultur ist die wesentliche Verbindung“, so Gerbautz, „die Gesellschaften haben sich zum Ziel

gesetzt, Österreichern das jeweilige Land und die jeweilige Kultur näher zu bringen.“ Doch auch die wirtschaftlichen Beziehungen sind nicht ausgeschlossen. Freundschaftliche Bande und wirtschaftliche Interessen gehen oft Hand in Hand: „Kultur ohne Wirtschaft ist sinnlos.“

Träger der Vereine sind Menschen, die Freude am internationalen Kontakt haben. Die wirtschaftliche Verwertbarkeit der Kontakte muss dabei nicht notgedrungen im Vordergrund stehen. Oftmals geht es den Verantwortlichen auch um Imagepflege und Wissensaustausch. Das erklärt auch das rege Engagement der ausländischen Botschaften. Vor allem die in Österreich nicht so bekannten Länder entdecken so eine Möglichkeit, sich und die eigene Kultur einer interessierten heimischen Öffentlichkeit zu präsentieren. Künstler werden präsentiert, wirtschaftliche Möglichkeiten erörtert und in familiäre Atmosphäre werden gemeinsame Vorhaben geplant.

So nützt diese Form der Beziehungsanbahnung allen Beteiligten. Überdies bietet der gesellige Rahmen die Möglichkeit, ungezwungen Interessen zu verfolgen, ohne den offiziellen Weg über Wirtschaftskammer oder Außenministerium beschreiten zu müssen. Vor allem in Zeiten, in denen der Staat versucht, schlanker zu werden, können damit Synergien genutzt werden. Mit anderen Worten: Die Diplomatie wird ein bisschen ausgelagert - und der Staat lässt es, weil sinnvoll, geschehen.

Heute versammeln sich über 100 Österreichisch-Ausländische Gesellschaften unter dem koordinierenden Dachverband. Dessen Chef ist DDR.

Claus Walter, Ministerialrat im Unterrichtsministerium. Der Dachverband hilft vor allem bei der Neugründung von Vereinen. So versucht man Persönlichkeiten des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens, die spezielle Beziehungen zu einem Land haben, zu motivieren, diese „öffentlich zu machen“.

Eine Sache des Herzens

Als Gründer betätigen sich oft Wirtschaftstreibende, die in einem speziellen Land agieren, oder einfach Menschen, denen ein spezielles Land ans Herz gewachsen ist. Die Liebe zu einem Land oder vielmehr zu einer Frau aus dem jeweiligen Land bringt manchmal die Sache ins Rollen und die Beziehungen ins Laufen.

Doch um reine Clubs der Fernwehkranken handelt es sich dabei mitnichten. Die Privatdiplomaten pflegen auch den Kontakt zur heimischen Innenpolitik. Und manche Gesellschaft wird so zum intimen Zirkel innenpolitischer Verflechtungen.

Besonders die Beziehungen in den arabischen Raum liegen den heimischen Politikern sehr am Herzen. So betätigen sich unter der Präsidentschaft von Pensionisten-Chef Karl Blecha unter anderem die sozialdemokratischen Ex-Minister Hilde Hawlicek, Erwin Lanc und Rudolf Scholten, der ehemalige Nationalratspräsident und FP-Mandatar Wilhelm Brauner, Raiffeisen Generalanwalt Christian Konrad und Lotterien-General Leo Wallner als Pfleger der Relationen in den Orient. Weiters finden sich noch die Namen des blauen Kurzzeitministers Michael Krüger, der grünen Parlamentarierin Terezija Stojšits und des SP-Europamandatars Hannes Swoboda in der Vorstandsliste der Österreichisch-Arabischen Gesellschaft.

Tummelplatz der Innenpolitik

Das prominente Engagement für die guten Beziehungen lässt sich beliebig

weiter beschreiben. Hannes Androsch betreut die Österreichisch-Indische Gesellschaft, Leopold Maderthaler die Beziehungen zum Iran und Wiens Vizebürgermeister Sepp Rieder jene zu Israel. Selbst Kammersänger Harald Serafin betätigt sich als Hobby-Diplomat. Er ist Ehrenpräsident der Österreichisch-Litauischen Gesellschaft.

Die hochrangige Besetzung der Vereine garantiert die wirkungsvolle Kontaktabahnung in beide Richtungen. Wie wirkungsvoll die Österreichisch-Ausländischen Gesellschaften arbeiten, sah man zu Beginn des Jahres im Fernsehen. Allerdings nicht im österreichischen, sondern im arabischen. Als Jörg Haider Katars berühmten Sender Al-Jazeera, der sich als kritischer Gegenpart zum westlichen CNN einen Namen gemacht hat, am 24. April ein Interview gab, wurde dies von Österreich vermittelt. Die Kontakte bahnte angeblich der in Wien ordinierende Gynäkologe Mustafa Eltelby an. Eltelby war damals Präsident des Österreichisch-Ägyptischen Vereins. Förderer dieses Vereins war der FP-Verteidigungsminister Herbert Scheibner. Die oft hochrangige in- und ausländische Beteiligung erklärt die Attraktivität der Privat-Diplomatie. Bestanden 1997 noch 40 Gesellschaften, so widmen sich heute bereits mehr als 100 Gruppen dem freundschaftlichen Verhältnis zu anderen Staaten. Und immer wieder werden Gründungen beantragt und vorgenommen. Die nächsten Nachbarn werden da oft erst spät unter die Lupe genommen. Die Beziehungen zur Schweiz stehen erst jetzt vor ihrer „Vergesellschaftung“ - durch Baumeister Richard Lugner.

Österreich und Ecuador

Warum betätigt sich ein Österreicher aber nun als Diplomat in privaten Diensten? „Meistens sind es Familienbande, die den unmittelbaren Anlass geben“, so Walter Fischer,

Präsident der jüngst gegründeten Österreich-Ecuadorianischen Gesellschaft.

Während der Achtziger und Neunziger Jahre war Fischer lange Jahre Handelsattaché in Bogotá und Buenos Aires. Seit einigen Jahren ist er mit einer Ecuadorianerin verheiratet. Das motiviert natürlich auch hierzulande, die Kontakte zu einem Land zu intensivieren, das zur zweiten Heimat geworden ist.

Die so entstehenden internationalen Kontakte brachten Wien schon prächtigen Nutzen - wenn auch nahezu unbemerkt: „Der Blumenschmuck des diesjährigen Opernballs kam aus Ecuador“, so Fischer. Vermittelt hat die schönsten Blüten des Jahres die damals in Gründung begriffene Österreichisch-Ecuadorianische Gesellschaft.

Kultureller Schwerpunkt

„Wir wollen den Österreichern den Ecuador näher bringen“, erklärt der Präsident sein Sendungsbewusstsein. Vor allem durch kulturelle Beziehungspflege soll für das hierzulande nahezu unbekanntes Land geworben werden. „Wir präsentieren ecuadorianische Künstler und ihr Schaffen, wir versuchen, das Land der Anden als sicheres, wunderschönes Reiseland zu präsentieren.“ Paris als Kulturmetropole sei eben bekannt, die beeindruckenden Kunstschätze der ecuadorianischen Hauptstadt Quito müssen die Europäer erst entdecken.

„Und das ist sicherlich eine unserer Hauptaufgaben“, weiß Walter Fischer, „denn bei der Vermittlung rein wirtschaftlicher Kontakte ist man bei der Wirtschaftskammer besser aufgehoben.“ Ist also jemand rein am Geschäft interessiert, ist die Außenhandelsdelegation der erste Ansprechpartner. Die neu gegründete Gesellschaft verschreibt sich der langsamen und dauerhaften Kontaktpflege. Doch sollen die Wirtschaftsinteressen innerhalb der Gesellschaft nicht ausgeschlossen werden - ganz im Gegenteil: „Unsere Gesellschaft will

Österreicher und Ecuadorianer miteinander bekannt machen: Geschäftliche Möglichkeiten lassen sich in freundlicher Atmosphäre mit einem Gläschen in der Hand viel ungezwungener erörtern“, so Fischer abschließend, „damit sind wir eine schöne Ergänzung zur hohen Politik“.

Eine detaillierte Liste aller Österreichisch-Ausländischen Gesellschaften und deren Kontaktadressen finden sich unter:

<http://www.dachverband-pan.org>.

Still Seeking the El Dorado Trail

Militants seek Muslim-free India



Timothy Franklyn
studying Law in
Bangalore

The communal riots that erupted in Gujarat, India's richest State and industrial hub, on the February 28, 2002 blotched not only the secular fabric of India but also stained much of its moral credibility in the International community.

The burning of coach S-6 of the Sabarmati Express, occupied by Hindu Pilgrims, sparked off a systematic attack on the Muslims of Gujarat. This pogrom which lasted for more than 2 months resulted in the massacre of innocents and the destroying of both house properties and earning assets. The worst affected was the city of Ahmedabad. It now has in its area many relief camps housing thousands of those affected in the riots. I was in the city during the month of June with a group of law students from Bangalore to render legal aid to the victims of the riots. Our work ranged from ensuring that compensation packages reached the victims to scrutinizing the fairness of the damage assessment carried on the by the Government. We also had plenty of opportunities to interact with the general public and inquire into the role of the State in the riots. The encounters with the bureaucracy and the Judiciary have led me to the conclusion that effective justice has been denied to those who have no roadmaps for the future. Time stands still in the early hours of Ahmedabad. Humanity doesn't seem to stir until well beyond what would be brunch time for most others. It is hard to imagine that fragments of this laid back society whirred with the fervour and precision of a lucid surgeon to singe the heart and soul of Gujarat.

The normalcy in the apathetic streets of Ahmedabad would seem rather disturbing to one who has seen the realities of the thousands in the relief camps, still searching for tangible reasons to smile and yet clinging on to the utopian hope of a better tomorrow. This lack of reaction is disturbing in that the host to a most gruesome crime against

humanity refuses to acknowledge the slightest scar. How could it when the wounds are as yet festering?

Analysis

One gets confused signals on feeling the pulse of the situation. On the one hand, the city is back on its feet. The visible traces of the riots are few and far between; movies are playing to packed audiences; autos blare radio mirchi; educational institutions have reopened; life has moved on. On the other hand, relief camps are choked; food rations to the victims have dwindled to a trickle; compensation packages disbursed for loss of housing property or earning assets are a fraction of the imperceptible damages borne by fear, insecurity and lack of identity; billboards bear pseudonyms; life is no longer taken at face value. The underlying conflict in this part of the world is therefore the tussle between life and reality. With such contradictory equations in place it is hardly appropriate to draw out conclusions, whether emotional or political. Instead, analysing the existing relief mechanisms seems the sole rational endeavour worthy of intellectual deliberation, at least in so far as transposing them into plausible areas of practical application.

Ideally, grievances could have been made either to the Government or the Court. The former is a non-option given that the aggrieved no longer trust the Government. Theories of Jurisprudence regarding State Sovereignty require the State to protect the interests and lives of its Citizens as quid pro quo for their submission to its Sovereignty. This social contract between the Citizens and the State was rescinded the moment the State vicariously marked its attendance in the genocidal mob. Even as I write, the Chief Minister of Gujarat, leader of the BJP (a Hindu nationalist party) Government, has dissolved the State Assembly and called for fresh elections, seemingly to capitalize on the communally polarized electorate as a fallout of the riots. Recourse to the Judiciary is again untenable for most, as the majority

of those affected constitute the lowest strata of the economy, whose concentrated efforts and resources are barely sufficient to scrap together a shelter and some nutrition. The National Human Rights Commission (NHRC) in its recommendations to the Gujarat Government has suggested the setting up of special courts to dispose of matters arising out of the riots on a day to day basis. It has further recommended a more expeditious manner of filing First Information Reports by having police units record complaints and statements of riot victims from the relief camps itself. The ignoring of the NHRC recommendations in the given circumstances has all but insulated justice seekers from the courts. The inefficiency of the bureaucracy in sync with the inaccessibility of the judiciary has abandoned the weary traveler right at the crossroads, leaving him no clues to decipher the illegible signposts.

„Where do we go from here?“

This is the question in the hearts of the affected in the relief camps. This is a rather reasonable concern. In purely physical terms, the query is literal for those whose houses have been completely burnt down or destroyed. From a health perspective, it is the understandable anxiety of those whose homes are partially damaged especially bearing in mind the onset of the monsoons. From a psychological standpoint, the concern is justified by the fear psychosis tormenting those dreading the inevitability of being welcomed back home by the misplaced wrath of their neighbours.

The denouncing of the moral authority of the State to govern combined with the arduous path to legal remedies has resulted in a subtle paradigm shift. The legitimate expectations of affected Citizens have fallen to levels demeaning the Welfare State tag that India has flaunted well beyond its use by date. So where do we go from here? The answer might well be the elixir that points to the El Dorado that Gujarat's most famous son, Mahatma Gandhi, yearned for through his experiments with the truth.¶

Seit mehr als 10 Jahren verwalten die Kurden im Nordirak 40.000 km² außerhalb Saddam Husseins Kontrolle. Trotz internen Streitigkeiten und Bedrohungen aus der unmittelbaren Nachbarschaft haben sie einen de facto Staat geschaffen - eine Administration, die auch tatsächlich funktioniert.

„Wir werden sicherlich nicht all die Errungenschaften der letzten Jahre für ein waghalsiges militärisches Manöver der USA aufs Spiel setzen, wenn wir nicht stichhaltige Garantien für unsere Rechte und Freiheiten bekommen und nicht in die Vorbereitungen für einen möglichen Sturz Saddam Husseins miteinbezogen werden“, so der Chefredakteur der größten kurdischen Tageszeitung in Irakisch Kurdistan, Selam B., neulich bei einem Interview für den arabischen Sender Dubai TV, eines von zahlreichen Fernseheteams, das die Region seit Monaten besucht. Ich hatte ihn vor einigen Tagen in seinem Büro aufgesucht als er gerade damit beschäftigt war die „Democracy Papers“, die amerikanische Bibel der Demokratie, vom Englischen ins Kurdische zu übersetzen.

Ein de facto Staat der Kurden im Irak

Im Mai 1992 wählten die Kurden im Irak ihr erstes Parlament und damit die zweite kurdische Regierung in ihrer Geschichte. Schon 1946 wurde eine kurdische Republik in Iranisch Kurdistan unter russischer Patronanz geschaffen, die jedoch schon nach einem Jahr blutig zerschlagen wurde.

Der 2. Golfkrieg war verloren und der Irak zog sich, in der Hoffnung ein Chaos zu hinterlassen, aus den drei Kurdenprovinzen im Norden des Landes zurück. Das kurdische Parlament bestellte jedoch im Juli sein erstes Kabinett und begann unter dem Schutz der britischen und amerikanischen Luftwaffe seine Tätigkeit. Diese schützt die innerhalb einer No-Fly Zone, unter kurdischer

Verwaltung stehenden Gebiete vor irakischen Übergriffen. Herr Abdul Selam B. ist sehr stolz auf die Leistungen, die seine Regierung in den letzten Jahren erbracht hat.

„In meiner Zeitung kann ich frei Kritik und können Leser ihren Unmut äußern“, sagt er mit stolzer Stimme. Es werden derzeit in Irakisch Kurdistan mehr als 150 periodisch erscheinende Publikationen gedruckt. Jede Minderheit und jede Religionsgemeinschaft hat ihre



eigenen Zeitschriften und Fernsehsender.

Seit 1996 gibt es nach Streitereien zwischen den beiden stärksten kurdischen Parteien zwei Selbstverwaltungszonen. Die PUK (Patriotische Union Kurdistans) mit Sitz in Suleymania regiert den südlichen Teil. In der Hauptstadt Erbil, sitzt die KDP (Kurdistan Democratic Party) und regiert mit einigen kleineren Parteien mehr als die Hälfte der „befreiten“ Gebiete. Im September dieses Jahres wurde jedoch beschlossen, das gemeinsame Parlament zu reaktivieren. Die christliche Minderheit ist im

Parlament in Erbil vertreten und die turkmenische Minderheit stellt ein Regierungsmitglied. Die drei kurdischen Provinzen existieren vollkommen autark innerhalb des irakischen Staatgebietes und deren beider Regierungen konkurrieren (noch) in einem fruchtbaren Wettbewerb um mehr Demokratie, Wohlstand und mehr Fortschritt miteinander.

Aufschwung trotz unsicherer Zukunft

Der Besuch in Internetcafés ist in Irakisch Kurdistan seit 1999 frei und relativ günstig möglich. Die Verbindungen laufen über Satellitenschüssel, genauso wie die Telefonverbindungen ins Ausland. 2001 hatte eine kurdische Firma das erste kurdische GSM-Netz aufgebaut und der erste ISP hat vor einigen Monaten seine Testphase positiv bestanden.

Ich kann mich hier von meinem Hotelzimmer aus direkt über ein Modem ins „kurdistanet“ einwählen. Herr Serwat, der Initiator des kurdischen Internets, ist einer von vielen Exilkurden, die nach 1992 wieder in ihre Heimat zurückkehrten. Der Familienvater hatte damals alles in Europa zurück gelassen und sich wie Hunderte anderer geflüchteter Kurden für eine aktive Wiederaufbauhilfe in der Heimat entschieden. Seine Familie kommt ihn seither jeden Sommer besuchen. Auf die Frage, ob seine Frau nicht in Erwägung zieht, auch nach Irakisch Kurdistan zu ziehen, antwortet er mit zögernder Stimme: „Die unsichere Zukunft für Irakisch Kurdistan und

Ende der kurdischen Selbstverwaltung im Nordirak? *Ein amerikanischer Angriff könnte alles aufs Spiel setzen.*

Sipan A. S. Sedek

die Angst vor erneutem Genozid und Vertreibung durch Saddam hält viele Kurden im Exil davon ab zurück zu kehren“. Es ist noch bildlich in der Erinnerung vieler Kurden, wie zwischen 1987 und 1988 mehrere hundert kurdische Dörfer und Städte mit Giftgas bombardiert und bis zu 180.000 Männer verschleppt wurden. Auch das Vertrauen in die Amerikaner ist geschwunden. Als Bush Senior 1991 die Kurden im Irak anspornte sich gegen Saddam zu erheben, enttäuschte er sie bitter. Als sich Saddams Armee im Norden mobilisierte und gegen die Kurden aufmarschierte, ließ er sie plötzlich im Stich. Tausende fanden den Tod und 2 Mio. Flüchtlinge suchten Schutz in den iranischen und türkischen Bergen.

Wiederaufbau

„Aus Irakischem Kurdistan flüchtet keiner, sie verlassen Kurdistan, weil sie keine Sicherheit fühlen und ohne internationale Anerkennung keine Zukunft für sich sehen“, so Nasreen S. B., Ministerin für Wiederaufbau und Entwicklung auf die Frage, warum noch immer so viele Kurden aus dem Irak flüchten. Viele Kurden, die in „irakisch“ kontrolliertem Gebiet leben, werden weiterhin systematisch aus ihren Häusern und Ländereien vertrieben. Die aktuellen Arabisierungskampagnen, vor allem in erdölreichen Gebieten wie Kirkuk, führen zu Flüchtlingswellen in die befreiten Gebiete. Die Harvard Absolventin ist vor allem verantwortlich für den Wiederaufbau von zerstörten Dörfern und der Neuansiedlung von IDPs (Internal Displaced Person), aber auch für Infrastrukturprojekte. Von 4000 zerstörten Siedlungen wurden 3000 bereits wiederaufgebaut und über 2500 vertriebene Familien fanden neue Wohnungen durch die Neuansiedlungsprojekte der kurdischen Regionalregierung. Unter anderem hat ihr Ministerium mehr als 3000 km Straßen bauen lassen.

Die Position der Türkei zum Nordirak

Insbesondere die Türkei macht in den letzten Wochen keinen Hehl daraus, dass es bei der Absegnung einer neuen irakischen Regierung durch die Amerikaner, ordentlich mitmischen möchte. Selbstbewusst und lautstark hatte der türkische Premierminister Bulent Ecevit, neulich den Amerikanern Bedingungen für eine Unterstützung im Falle eines Krieges gegen Saddam Hussein gestellt. Die Türken würden keinen Föderalismus



Ministerin S. Nasreen

im Irak dulden und auch sonst keine Lösung, die den Kurden im Irak weitgehende Rechte geben würde. Des weiteren erklärte der Generalstabschef der türkischen Streitkräfte Kerioglu bei einem Interview für den „Star“, dass, wenn einem zukünftigen kurdischen Bundesland die kurdische Stadt Kirkuk zugerechnet wird, die Türkei nicht zurückschrecken werde, mit allen Mitteln einzugreifen. Kirkuk ist reich an Erdöl und die Türkei befürchtet zu große wirtschaftliche Unabhängigkeit der Kurdengebiete sollten sie Kirkuk ebenfalls verwalten. Die Angst vor einer international anerkannten, kurdischen Entität ist übermächtig in Ankara.

Post Saddam Irak

Das kurdische Experiment im Nordirak steht auf der Kippe. Immer mehr Politiker auf allen Seiten des

Konfliktes sprechen bestimmt von einem „Post Saddam Irak“ und nicht mehr von einem möglichen Krieg. „Unsere Regionalregierung und das kurdische Volk im Irak sind besorgt über mögliche Folgen eines Umsturzes. Man wird sehen, welche Rolle man uns zuweisen wird und ob wir alles verlieren werden müssen, was wir die letzten 10 Jahre an Freiheiten, Frieden und Demokratisierung genießen durften“, so Abdul Selam B. zum Abschluss unseres Gespräches.¶

Population der Kurden in ihren Siedlungsgebieten

(Source: 1990; Institute of Strategic Studies at Georgetown University, DC)

Türkei:	18,0 Mio.
Iran:	11,0 Mio.
Irak:	4,5 Mio.
Syrien:	1,5 Mio.
ehem. UDSSR:	1,5 Mio.
Total:	36,5 Mio.

Kurden außerhalb ihrer ursprünglichen Siedlungsgebiete: 2,76 Mio.

Wiederaufbau von 1997 - 2001

Schulen:	410
„Housing Units“:	25.600
Straßen in km:	3600
Gesundheitszentren:	145

Es ist leider festzustellen, dass sich vor dem 11. September, aber auch danach, eine europäische Arroganz gegenüber Amerika - offensichtlich von den weitgehend links orientierten Medien verbreitet - breitmachte und übertrieben emotional, populistisch und sogar sehr oft völlig unsachlich über den neuen Präsidenten und seine Administration berichtet wird. Ist dies eine Art und Weise, wie Europa mit dem transatlantischen Partner, der nicht nur in den zwei Weltkriegen, sondern auch in den letzten Jahrzehnten jedes Mal den alten Kontinent vor den kriegerischen Katastrophen durch direkte militärische Unterstützung rettete, umgehen sollte? Zum Meditieren. Unmittelbar nach „9 11“ hat sich dieser Stil etwas an die tragischen Realitäten angepasst und die Berichterstattung wurde etwas realistischer. Sie gab somit Bush etwas von der verdienten Anerkennung.

Der Idealismus der Europäer

Ohne ein klares Werturteil zu fällen, gilt es hier zu zeigen, dass die Europäer von ihrem Idealismus in der Außen- und Sicherheitspolitik endlich abkommen sollten. Sinnvoll ist zu akzeptieren, dass wir in einem realen, anarchischen System leben, wo internationale Ordnung nur teilweise herrscht. Machtpolitik, das Gleichgewicht der Mächte und Realpolitik, wie gegenwärtig der Fall gegen den Irak veranschaulicht, sind in den internationalen Beziehungen so aktuell wie nie zuvor.

Aus diesem Gesichtspunkt heraus sind die gegenwärtigen (nicht) ergriffenen Maßnahmen der Bush-Administration, wie die Ablehnung vom Internationalen Strafgerichtshof (ICC), der Vergeltungsschlag in Afghanistan, die aktuelle Koalitionsbildung gegen den Irak mit oder ohne UN, das gerade erschienene Papier über die nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten, zu verstehen und zu interpretieren. Eine gewiss nicht konstruktive, leere europäische idealistische Empörung, und die Meinung, die mancherorts vor „9 11“ vorherrschte, Bush sei nur ein dummer Cowboy, bringen nicht viel.

Die bisherigen Maßnahmen und Pläne sind verständlich, nachvollziehbar und

Wondering about „W“'s World

Zeit für europäischen Pragmatismus

kohärent, wenn man das Weltbild der jetzigen Regierung begreift.

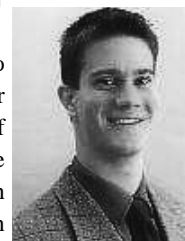
Die Pläne der USA

Der erste Punkt ist die aus den Terroranschlägen hervorgegangene Angst. Zum ersten Mal in der Geschichte der Vereinigten Staaten wurde das Territorium der USA unmittelbar mit unkonventionellen Mitteln angegriffen. Die Selbstmordattentäter vom 11. September haben die USA auf das Potential der neuen Angriffsoptionen mehr als aufmerksam gemacht. Die Anschläge ließen nochmals bestätigen, die USA sind die einzige Supermacht, die auf keinen Fall herausgefordert werden will. Daher kommt die berechtigte Angst vor Massenvernichtungswaffen, die unkonventionell von Terroristen eingesetzt werden könnten. Damit bestätigt sich das Weltbild vom Bush: Es handelt sich hier keinesfalls um einen einmaligen fast „zufälligen“ Anschlag IN den USA, sondern es geht um einen Anfang einer Reihe von Angriffen, sogar einem Krieg, GEGEN die Vereinigten Staaten UND ihre Werte wie Freiheit und Demokratie. Also, dies sei nur der Anfang und wir müssten dieser „fast absurden“ Bedrohung durch jedes wirksame Mittel vorbeugen und vernichten, so das Weiße Haus. Zweitens geht daraus hervor, dass kurzfristig die lokalisierbaren „Freunde meiner Feinde“ gewarnt bzw. zurechtgewiesen werden, siehe Irak, eben auch durch Aktion der USA, was einschließlich militärischer Gewalt mit oder ohne UNO bedeuten kann. Das offizielle Argument ist - die offensichtlichen Ölinteressen der USA im Irak nicht beiseite gelassen - dass der Irak kein Verteilerzentrum („distribution center“) von Massenvernichtungswaffen, seien diese biologische-, chemische-, oder Nuklearwaffen, für Terroristen, werden soll.

Der Angriff auf den Irak

Es mag wohl so erscheinen, dass der eventuelle Angriff auf den Irak die einfachste Lösung ist, um dadurch dem Terrorismus ein institutionalisiertes Bild zu verleihen; andererseits können sich die selbst attackierten USA

nicht einfach zurück-lehnen und auf den nächsten Anschlag warten, bis jedes terroristische Netzwerk entdeckt wird: nach dem Motto „wir vernichten die potentielle Bedrohung, zumindest dort, wo wir sie lokalisieren können“. Der skeptische und oft nicht kooperative Irak von Saddam stellt eine reale und zu große Bedrohung für die Region, v. a. Israel, dar. Offizielle Zahlen der UN bestätigen, der Irak besitzt 8,4 Tausend Liter Anthrax und es ist bekannt, dass bereits 1 g problemlos Hunderte von Leuten tödlich vergiften kann. Obwohl es noch nicht ganz bewiesen ist, dass Saddam andere Massenvernichtungswaffen tatsächlich besitzt, ist die Wahrscheinlichkeit sehr groß. Daher ist die Überlegung der Intervention und des späteren Wiederaufbaus des Irak sowie die damit einhergehende Aufrechterhaltung regionaler politischer und wirtschaftlicher Interessen der USA, wovon übrigens der ganze Westen profitiert, legitim und nachvollziehbar, wenn man sich in die Lage der einzigen Supermacht hineinversetzt. Schließlich gibt es wenig realistische Alternativen für die größte Weltmacht als die auf die berechtigte Angst aufgebaute Präventionsstrategie. Die Frage, die man sich stellen sollte, ist, inwiefern und welche Koalitionen gebildet werden sollen, wie schnell und mit wie viel Druck agiert werden soll. Die Sicherheitsstrategie im neu publizierten Papier ist aber klar: „The only path to peace and security is the path of action“.



Olivier P. Naray

studiert an der Diplom.

Akademie Wien

Foro Social Mundial (FSM) Buenos Aires Argentina 2002

Ein Labor für den globalen Widerstand

Mag. S. Onzek
Fundación memoria
del Holocausto -
Gedenkdienst

Vom 22. - 25. August 2002 fand an der Universität von Buenos Aires (UBA) in Argentinien das Weltsozialforum statt. Dies ist eine Konferenz von und für NGO's, die in Porto Alegre (Brasilien) vom „Comité de entidades brasileñas“ als Gegenveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum von Davos gegründet wurde. Das erste Forum versammelte sich von 25. - 30. Januar 2001 in Porto Alegre.

Inhalte

Am thematischen Forum in Buenos Aires partizipierten bereits ca. 470 nationale und internationale, soziale

Herausforderungen für die globale Bewegung“.

Begleitet wurde das Forum auch von Demonstrationen, die alle friedlich verliefen, sowie von zahlreichen Kulturveranstaltungen, Konzerten und einem zentralen Markt. Großen Einfluss auf die Veranstaltung hatte natürlich die wirtschaftliche und soziale Situation des Gastgeberlandes, deshalb nahmen auch Vertreter der „Piqueteros“ teil. Sie stellen eine neue soziale Bewegung Argentinien dar, die hauptsächlich von Bewohnern der „Villas“ (Slums) des Landes gebildet wurde, um auf verschiedenen Wegen der Krise zu begegnen.



und politische Organisationen wie z. B. Gewerkschaften, Globalisierungsgegner sowie Studentenorganisationen. Auch internationale Spezialisten aus der ganzen Welt waren anwesend und diskutierten einige Tage lang in Arbeitskreisen und Plenarveranstaltungen Strategien gegen den Neoliberalismus. Hier in Argentinien wurde dabei besondere Rücksicht auf die gegenwärtige wirtschaftliche und soziale Krise dieses Landes genommen, deshalb lautete das Generalthema der Veranstaltung auch: „Die Krise des neoliberalen Modells und die

Ergebnisse

Wichtiger Konsens des Forums war die Opposition zur, besonders von US Präsident George W. Bush forcierten ALCA (Area de Libre de las Americas), der geplanten g e s a m t a m e r i k a n i s c h e n Freihandelszone. Weitere wichtige Diskussionspunkte waren die „Tobin tax“ sowie Proteste gegen die Weltbank, den Weltwährungsfonds und die WTO. Unter anderem wurden auch Aktionen gegen das ALCA, wie zum Beispiel ein Aufmarsch im April nächsten Jahres in einem bis dato noch nicht bekannten Land, in dem

sich die zukünftigen Mitgliedstaaten versammeln werden. Einig war man sich darüber, dass das ALCA die Probleme von Millionen Südamerikanern nicht lösen wird, auch darüber, dass die politischen Parteien der Region mehrheitlich ihr Land ausrauben als es zu regieren, so die Stimmen von Teilnehmern.

Wichtig war auch die unterschiedliche Opposition zur US-Amerikanischen Politik, wie z. B. das Bestreben der USA das Kauen von Cocablättern in Bolivien zu verbieten, was für die dortige Bevölkerung einen Bruch mit einer uralten Tradition darstellt und nach der Meinung der Teilnehmer keine sinnvolle Drogenpolitik verwirklicht.

Resumé

Das Forum, welches von 570 verschiedenen ethnischen Gruppen aus der gesamten Welt besucht wurde, vereinte die gesamte Gemeinde der Globalisierungsgegner und hatte deshalb auch eine eher sozialistische

linksliberale Grundstimmung. Die Stimmung in den verschiedenen Arbeitsgruppen und Plenarversammlungen war weitestgehend freundschaftlich, jedoch herrschte auch überall eine sehr revolutionäre Aufbruchsstimmung. Auch in verschiedenen Bezirken von Buenos Aires fanden Parallelveranstaltungen dazu statt, wodurch die ganze Stadt Buenos Aires in die Veranstaltung integriert wurde.¶

VIMUN 2002



Daniel Smidt
fotograf

Fotos on this page: (c) 2002 by Daniel Smidt // eMail: smi@chello.at // <http://members.chello.at/daniel.smidt> for more pictures.

Vienna International Model United Nations (VIMUN)

Review and Preview



Bettina T. Kolbl
Secretary General
VIMUN

We are very proud, that the VIMUN is the only Model UN, which takes place at an official headquarter of the United Nations. It offers the participants an atmosphere of multilateral communication.

Numerous international conferences and meetings are held at the Vienna International Centre every year since 1979. Several UN bodies maintain headquarters and offices at the VIC (among them the ODCCP, the IAEA, the UNIDO and the CTBTO).

Approximately 4.000 employees from more than 100 countries work in the building. The VIC is now a centre of attraction for diplomats and other people from all over the world, due to the worldwide commitment of the United Nations in various fields of the co-existence of peoples and in particular to the countless efforts in settling the conflicts arising all over the world.

The presence of the UNO here in Vienna is therefore of utmost advantage for the diplomatic, political, cultural and economic importance of the city.

It gave me a great pleasure to welcome more than 180 participants to the eighth Vienna International Model United Nations between 4 and 8 August 2002 in Vienna.

What was initially planned as a one-time event has become a firmly established institution due to the phenomenal success of the last VIMUNs.

Throughout the last year every member of the United Nations Youth

and Student Association (UNYSA-Austria) who take part of this Model, spent most of his time by doubling the effort, to make this conference succesful.

The background of VIMUN is on the one side to hone students' diplomatic skills and to learn how the United Nations Organization operates and on

VIMUN 2003

VIENNA INTERNATIONAL
MODEL UNITED NATIONS
2003

10 - 14 August 2003 at the
UN Headquarters VIENNA
- <http://afa.at> -

the other side it should give every participant the opportunity to widen up his mind about the surrounding outside the world. The more deeply we understand people, the more we appreciate them and the more reverent we will feel about them.

The topics covered in the committees had been carefully selected to encompass a diverse array of issues relevant to the entire international community. VIMUN provides an area in which discussion and debate can contribute to the initiative for global peace, justice and prosperity.

I hope all delegates have benefited from VIMUN 2002 on the utmost level and have made it an unforgettable, beneficial, fruitful and hopefully successful experience.

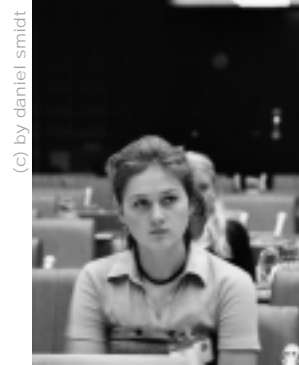
VIMUN 2002 was a profoundly satisfying experience for me and I

may thank again all delegates for their careful preparation and their cooperation.

Participants of VIMUN 2002

Austria, Germany, Kosovo, Taiwan, the Philippines, Romania, Italy, Egypt, Greece, Ukraine, France, Luxembourg, Turkey, Belgium, Bulgaria, Croatia, Great Britain, Portugal, Spain, Sweden, Switzerland, the USA and Yugoslavia.

We were glad to have participants from all those countries here in Vienna.



(c) by daniel smidt

Committees - Resolutions Security Council

The final day in the Security Council was a really successful one. The delegates agreed in SC-Resolution 1 (2002) to establish a United Nations Peacekeeping Mission named UNITED NATIONS MISSION IN KASHMIR (UNMIKA) on the line of control.

Furthermore the SC demands the full co-operation of Pakistan to eradicate terrorism in Kashmir and India.

Olivier P. NARAY - Crisis Coordinator
olnaray@yahoo.com

UNDCP

In the morning of the last day's session two different draft resolutions, one presented by the group represented by Bolivia and the other one by the group represented by Russia and Turkey, were on the table of discussion.

As the delegates knew that it was necessary to reach a consensus, they

worked very hard to come to this unique position. Most of the time they used the instrument of unmoderated caucus and were negotiating all together in a single group.

At the end these negotiations came to a very fruitful result. The delegates of the UNDCP-Committee voted with 25

sides, but a compromise still seemed possible. Maybe the lack of time for further negotiations prevented a common achievement.

Mag. Sabine U. M. HEISS - Chair
a9403196@unet.univie.ac.at

UNCHR

respective points, we managed to produce two adopted resolutions.

I feel honoured to have been given the opportunity to preside as chair over the DIS, the First Main Body of the UN General Assembly, and would like to thank especially my co-chair Mag.



Participants of VIMUN 2002

votes for the resolution. There was no vote against but one abstention.

One of the most important points of the resolution is a transition-timeframe of ten years allowing the individual legal systems to adapt gradually to the positions stated in this resolution.

The chairpersons want to thank all delegates of the UNDCP- Committee for their efforts during the conference and for their exemplary negotiating behaviour.

Christina HAKEL - Co-Chair
christina.hakel@gmx.at

UNIDO

During the third day of the UNIDO conference the delegates started in the morning with three different points of view. Those three groups of delegates discussed very intensively during the morning session that was completely spent in caucus. The discussions even continued informally during lunch break and then again in the afternoon session. During this period of time the delegates worked out three different drafts in mostly informal session. However, it was not possible to pass a final resolution. None of the three draft resolutions reached the required 2/3 majority.

At the beginning the positions of the delegates were very much at opposing

On the last day of our negotiations the atmosphere was very productive. The two coalitions arrived in overcoming the obstacles of the last days.

After a very turbulent phase of amendment voting, a very dense and sophisticated resolution about measures against illegal migration was passed by the required 2/3 majority.



On behalf of the CHR-chairpersons I would like to express my honest thanks to all delegates for their efforts and I hope that we meet again soon.

Johannes LEIBETSEDER - Chair
hannesinlyon@hotmail.com

DIS

I was deeply impressed by the high standard of the discussions in our Committee, and the high level of preparation of the respective delegates.

Though the deliberations on the topics of the agenda were sometimes very long and intense, marked by heated discussions by adversaries on the

Dr. Philip BITTNER for his excellent preparation of the DIS-paper.

Mag. Ulrike NEUHAUSER - Chair
ulrikeneuhausser@hotmail.com

Feedback of participants

We have evaluated the feedback of the participants:

Satisfaction...

- ... with the chairpersons 83.8 %
- ... with the colleagues 62.4 %
- ... with the delegate-guide 93.0 %
- ... with the reception 89.9 %
- ... with the Organizing Committee 85.3 %
- ... with the whole conference 84.3 %

You will find all information about VIMUN 2002 - Resolutions, Photogallery - and information about the 9th VIENNA INTERNATIONAL MODEL UNITED NATIONS at <http://afa.at>

If you need more information about participating as a delegate or a member of the Organizing team, send an e-mail to the Secretary General Bettina T. KÖLBL vimun@afa.at or call her +43/664/222 60 80.¶

VICOSD

Vienna International Community on Sustainable Development



Irene B. Stockl
MA in International
Relations and Biology

The Vienna International Community on Sustainable Development - VICOSD - was founded in April 2002 to address the importance of sustainable development for the 21st century. VICOSD acknowledges its responsibilities towards humanity and the improvement of relations between all people around the world.

Hence, VICOSD participated in the Best Practice Award sponsored by the Dubai Municipality and UN Habitat. Goal of VICOSD's first project was to prove the assumption that the link between environmental protection and economic growth is possible. Eventually, the project with the title „Sustainable urban and economic growth through the use of renewable energy technologies“ located in Swakopmund (Namibia) did not only prove that 100 % supply with renewable energy sources is possible, but the concept was also awarded by a Technical Advisory Committee with a Promising Practice, which was awarded to only 40 other submissions out of more than 550. This award showed VICOSD that it was heading into the right direction. In the following months VICOSD has built up an extensive global network in order to support its efforts within the field of sustainable development. VICOSD further was able to group its goals into three main categories. All those categories are specifically focused on renewable energy sources due to VICOSD's experience in this field and the fact that renewable energy sources will play a crucial role in the sustainable development of humankind.

Objectives

These objectives are:

1. The establishment of a global network in respect to renewable energy sources.
2. The effective and least bureaucratic implementation of projects within the field of sustainable development.
3. After participating at the Youth Action Summit 2002 as the only Austrian NGO representative VICOSD has realised the importance of youth education - especially in the field of renewable energy sources - in order to close information gaps.

Outlook

Eventually, all those three categories connect in the day-to-day work of VICOSD. With full commitment of all those involved, VICOSD's partners early agree on the importance this institute will play in respect to sustainable development. The World Summit on Sustainable Development showed how important concrete commitments are in order to promote sustainable development and build confidence in regard to this concept within people around the world.

Therefore, feasible and multipliable projects have to be drawn up and have to replace so-called pilot projects with enormous financial commitments and small impact on the global environment. Only then is it possible to introduce globalization benefiting all parts of society and the globe.

The Vienna International Community on Sustainable Development has proven in its short existence that this is possible. In the end, though VICOSD is still dependent on support for its work - in financial and human resource matters. Support for VICOSD means support for sustainable development and for human survival.¶

<http://vicosd.5u.com>

UN - Umweltpolitik

UNEP

United Nations Environment Programme

Gründung: In Folge der ersten globalen Umweltkonferenz von Stockholm (1972). Sitz: Nairobi (Kenia)
Exekutivdirektor: ehemaliger deutsche Bundesminister für Umwelt Klaus Töpfer (seit 1998).

Hauptaufgaben:

- Koordination der Umweltaktivitäten der Vereinten Nationen,
- Analyse der weltweiten Entwicklungen und Trends im Umweltbereich,
- Entwicklung des internationalen Umweltrechts und seiner Anordnung und Durchsetzung,
- Schärfung des Umweltbewusstseins,
- umweltpolitische Beratung von Regierungen und anderen Institutionen.

Ausserdem befassen sich auch andere UN-Organisationen mit dem Thema Umweltschutz: WHO (Bewertung von toxischen Eigenschaften chemischer Stoffe), UNESCO (Untersuchung ökologischer Probleme der Ballungsgebiete, tropischer Wälder, der Sahelzone und Gebirgsräumen), Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa - ECE (Eindämmung grenzüberschreitender Luftverschmutzung), Internationale Schifffahrtsorganisation - IMO (Verhütung der Meeresverschmutzung), Weltorganisation für Meteorologie - WMO (Klimaveränderungen).

UNCED

United Nations Conference on Environment and Development

1992 Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro als Ausgangspunkt für eine neue weltweite Zusammenarbeit in der Umwelt- und Entwicklungspolitik.

Die Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD) überwacht die Umsetzung und Fortentwicklung der Rio de Janeiro verabschiedeten Agenda 21 (Handlungsanleitung zur Umsetzung des Rio-Prozesses sowie richtungsweisende Dokumente wie die Rio-Erklärung, Klimarahmenkonvention etc.).

Bundesministerin Dr. Ferrero-Waldner verleiht erstmalig Bundes-Ehrenzeichen

*27 Österreicher für ehrenamtliche Leistungen im
Bereich der Außenpolitik
am 20. November 2002 ausgezeichnet*

Presseaussendung des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten:

Wien, 20. November 2002 - "Mir kommt heute die besondere Freude zu, Persönlichkeiten, die ehrenamtliche Leistungen im Rahmen von Freiwilligen-Initiativen in meinem Zuständigkeitsgebiet, dem der österreichischen Außenpolitik, erbracht haben, dieses Bundes-Ehrenzeichen zu verleihen." Mit diesen Worten eröffnete Außenministerin Benita Ferrero-Waldner die heutige Festrede. Dabei handelt es sich bei dem von der Außenministerin verliehenen Ehrenzeichen des Bundes um eine Auszeichnung, die eigens von der Bundesregierung außerhalb des üblichen Ordensschemas geschaffen wurde. Mit dieser Auszeichnung soll das Engagement jener Personen gewürdigt werden, die sich selbstlos für das Gemeinwohl und für Mitmenschlichkeit einsetzen.



Bundesministerin Dr. Benita Ferrero-Waldner und
Präsident Michael F. Pfeifer

In ihrer Rede hob Ferrero-Waldner die "persönliche Motivation" der Freiwilligen hervor: "Diese Art des Engagements strebt nicht nach besonderer ausdrücklicher Würdigung durch Politiker oder durch die Allgemeinheit. Persönliche Motivation für freiwilligen Einsatz scheint mir zu sein, dass die geleistete - ja, gelebte Hilfe - die Möglichkeit bietet, dem persönlichen Dasein mehr Sinn und Inhalt zu geben." Zudem sei diese Art des Engagements auch ein "Ausdruck des Prinzips der Subsidiarität und der Selbstorganisation unserer Gesellschaft. Denn was die kleinere Einheit tun kann, soll der Staat nicht an sich ziehen," so die Außenministerin. Für Ferrero-Waldner bildet diese gelebte Freiwilligkeit den "Kern der Zivilgesellschaft, ohne den jede Demokratie versteinern würde."

Zu den ausgezeichneten Personen zählen neben Dr. Gerhard Bauer, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, u.a. auch die Präsidenten des Weltbundes der Österreicher im Ausland und des Auslandsösterreicherwerks, Fritz Molden und Dipl.Ing. Gustav Chlestil. Zudem finden sich Vertreter der größten Auslandsösterreichervereine, Vorsitzende bilateraler Freundschaftsgesellschaften als auch verdienstvolle Mitarbeiter von Nichtregierungsorganisationen neben weiteren Freiwilligen auf der Liste der ausgezeichneten Personen.

Auszeichnung für das AFA

Eine besondere Ehre und Freude für das Akademische Forum für Außenpolitik war die Verleihung des Bundes-Ehrenzeichens an den derzeitigen Präsidenten Michael F. Pfeifer für seine mehr als 10-jährige Tätigkeit für das AFA. Das GLOBAL VIEW gratuliert.

Kaliningrad

Im Kontext der Beziehungen zwischen Russland und der Europäischen Union

Kirill Antisferow
Journalist
in Kaliningrad

Mit der Aufnahme Polens und Litauens in die EU müssen die existierenden Regeln und Praktiken zwischen Russland, der EU und den neuen EU-Mitgliedstaaten der neuen Realität angepasst werden. Einige Änderungen haben besondere Auswirkungen auf Kaliningrad und betreffen etwa den Güterverkehr, die Mobilität der Bürger oder die Energieversorgung. Russland und die EU als beidseitig interessierte Parteien müssen ihre Anstrengungen vereinen, um die sich abzeichnenden Probleme für Kaliningrad zu minimieren. Dazu zählen auch Auswirkungen, die nicht direkt aus der EU-Erweiterung resultieren, wie etwa Fragen der Verbrechensbekämpfung, des Umweltschutzes, der Gesundheitsversorgung oder der Entwicklung der Wirtschaft. Mit Polen und Litauen als EU-Mitgliedstaaten wird Kaliningrad zu einer russischen Enklave innerhalb der EU. Es droht die Gefahr, dass Kaliningrad vom Mutterland isoliert wird. Gleichzeitig gibt es die einzigartige Chance, die sich abzeichnenden Änderungen zum Vorteil Kaliningrads zu nutzen. Unter allen Umständen sollte verhindert werden, dass die geopolitischen Wandlungen in eine Form der Diskriminierung Kaliningrads und in einen niedrigeren Lebensstandard der Bevölkerung münden. Natürlich kann man den Problemen nicht allein auf regionaler Ebene begegnen. Die Unterstützung der föderalen Regierung in Moskau und der internationalen Gemeinschaft sind hier von essentieller Bedeutung.

Die Zukunft

Kaliningrad scheint in aller Munde zu sein. Als Teil Russlands und an der Ostsee gelegen, dabei aber künftig umgeben von EU-Mitgliedstaaten,

verdient das Gebiet in der Tat besondere Aufmerksamkeit. Kaliningrad ist von den Wandlungen seit 1990 in hohem Maße betroffen. Die Teilung Europas war beendet, und die Ostseeregion hat sich aus einer Region potentieller Konfrontation in eine Region transnationaler Kooperation gewandelt. Im Kalten Krieg wurde Kaliningrad vornehmlich als Bedrohung wahrgenommen, die Tatsache, dass dort 1 Mio. Menschen lebte, zählte nicht. Um so wichtiger ist es heute, sich auf Fragen der regionalen Kooperation zu konzentrieren, wobei Sicherheitsinteressen nicht vernachlässigt werden dürfen. Die Zukunft dieses Gebiets wird unterschiedlich gesehen. Einige betrachten Kaliningrad aufgrund seines ausgeprägten Profils nur als Militärbasis und messen ihm peripheren Status zu. Andere aber erkennen, dass Grenzregionen im allgemeinen keinesfalls „zu einem peripheren Status verdammt“ sein müssen. Im Gegenteil: Sie können zu wichtigen Orten der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Kontakte werden.

„Die EU und Kaliningrad“

Die problematischsten Fragen für Kaliningrad im EU-Erweiterungsprozess sind Visafragen und Transittarife. Es ist bekannt, dass die Beitrittskandidaten die Anforderungen der EU an das Schengen-Abkommen erfüllen werden. Anfang 2001 veröffentlichte die Europäische Kommission ihr Papier „Die EU und Kaliningrad“, das Ideen und Optionen für einen Dialog mit Russland in diesen wichtigen Fragen umfasst.

In dem Papier werden die Vorteile, die Russland aus der EU-Erweiterung erwachsen können, unterstrichen. Betont wird der gute Wille Brüssels, auf die Lösung der Probleme hinzuarbeiten, die aus der unmittelbaren Nähe Kaliningrads

zu den EU-Staaten entstehen können. Zugleich betont die Europäische Kommission die wichtige Rolle Moskaus in diesem Prozess. Nach Ansicht der Europäischen Kommission kann jedoch die Mehrzahl der Probleme (Güterverkehr, Energieversorgung, Mobilität der Menschen) gelöst werden. Für Grenzüberschreitungen schlägt die Kommission vor, dass Polen und Litauen die günstigsten Bedingungen für Russen im Rahmen des Schengen-Abkommens wählen sollen. Dies könnten Vereinfachungen beim Grenzübertritt sein, niedrige Visa-Gebühren, Einführung von Transit- oder Mehrfachvisa und nicht zuletzt die Einrichtung von Konsulaten aller EU-Mitgliedstaaten in Kaliningrad. Doch ist der Bericht weit davon entfernt, allzu optimistisch zu sein. Zwei Punkte sind hier zu nennen. Erstens wird klar gesagt, dass Kaliningrad nicht erwarten kann, dass die EU einen besonderen Wirtschaftsstatus gewährt (Brüssel sieht keinen Fördertopf für Aktivitäten in der Region vor.). Zweitens geht die Kommission davon aus, dass der visafreie Verkehr an den Ostgrenzen der neuen EU-Mitgliedstaaten nicht erhalten bleiben kann.

Man kann das Papier also als Einladung zum Dialog lesen. Wie im Papier ausgeführt, müssen viele Fragen mit unterschiedlichen Partnern gelöst werden. Mit dem Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, das 1994 zwischen Russland und der EU unterzeichnet wurde, gibt es bereits einen Mechanismus, der erlaubt, die Fragen auf höchster politischer Ebene zu diskutieren.



Die Nördliche Dimension

Die Nördliche Dimension der EU-Außenpolitik soll den Ostsee-Anrainern maximale Vorteile durch die Sicherung

von Kohärenz und die Nutzung von Synergien bringen. Die Nördliche Dimension ist ein Schlüsselmoment in den Beziehungen zu Russland und angesichts der EU-Erweiterung von großer Wichtigkeit. Sie kann als Versuch betrachtet werden, die unvorteilhaften Tendenzen zu überwinden, die sich aus den Unterschieden zwischen den russischen und den EU-Regionen, die gemeinsame Grenzen haben, wie auch zu den Beitrittskandidaten, ergeben. Aufgabe einer solchen Politik ist die allmähliche Schaffung einer Region der guten Nachbarschaft. Kaliningrad könnte als Pilotprojekt der Entwicklung der Beziehungen EU - Russland behandelt werden. Dies bedeutet, Lösungen, die hier gefunden werden, können sich als übertragbar auf die Zusammenarbeit in anderen Grenzregionen, wenn nicht sogar mit ganz Russland herausstellen. Die Visa-Erteilung muss effizienter werden, Jahres- oder Mehrfachvisa müssen die Regel sein, die Kosten für Pässe und Visa gesenkt werden. Der Gütertransit wird wirtschaftlicher und effizienter sein, wenn er nicht über mehrere Grenzen geführt wird. Starker Wettbewerb wird die Transitkosten niedrig halten.

Einen wichtigen Punkt sehen die EU beziehungsweise die Nördliche Dimension in der Umweltsituation (Reduzierung der Wasserverschmutzung in der Ostsee, Atommüll im NW Russlands).

Ein weiteres regionales Problem - nämlich Krankheiten wie AIDS - wurde in den letzten Jahren zur Sorge in der Ostseekooperation. Mittlerweile hat die Ostseeregion bereits eine Sondergruppe etabliert, die nach Lösungen in dieser Frage sucht. Finnland arbeitet seit Mitte der 90er Jahre mit Kaliningrad zusammen, um Ressourcen für das Zurückdrängen der HIV-Epidemie zu entwickeln. Das Hauptziel des Programms ist die Stärkung des AIDS-Zentrums in Kaliningrad durch medizinische Hilfe und Unterstützung der HIV-Positiven mit Expertenhilfe und Laborausstattungen.

Russland steht der Nördlichen Dimension positiv gegenüber. Alle

Parteien und insbesondere Kaliningrad warten darauf, dass die Projekte, die jetzt noch virtuell sind, Realität werden.

Rat der Ostseestaaten

Auf regionaler Ebene spielt der Ostseerat eine große Rolle. Russland hatte den Vorsitz bis Juni 2002 inne. Diese vielseitige regionale Zusammenarbeit ist eine neue Erscheinung im Leben Europas. Kaliningrad schaut voller Optimismus auf den Fortschritt der regionalen Kooperation, wobei der Rat als Forum dient, auf dem die Nachbarstaaten und die Projektgeldgeber mit Russland und der EU über die vitalen Fragen im Zusammenhang mit Kaliningrad diskutieren können.

Ein spezielles Kaliningrad-Forum fand Ende Februar 2001 in Schweden statt. Die 11. Ratssitzung wurde Ende März in Kaliningrad durchgeführt.

In der letzten Dekade haben sich mehrere EU-Mitgliedstaaten und andere Staaten sowie Organisationen im Gebiet Kaliningrad engagiert, so beispielsweise Dänemark, das etwa 50 Projekte seit 1991 umgesetzt hat, vornehmlich in den Bereichen Umwelt und Energie. Mehr als EUR 10 Mio. flossen nach Kaliningrad. Auch Schweden hatte einen beachtlichen Anteil an den Aktivitäten. Zu den Schwerpunkten gehören Geschäftsentwicklung, die Land- und Verwaltungsreform, die Prävention von Krankheiten, insbesondere von AIDS, und die Unterstützung der Gebietsregierung. Insgesamt EUR 4 Mio. wurden aufgebracht.

Schlussfolgerung

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Kaliningrad auf der Agenda der EU-Erweiterung aufgetaucht ist. Die Erweiterung wird Russland betreffen, insbesondere aber die Regionen, die an die EU grenzen. Wenn Polen und Litauen EU-Standards einführen, werden einige existierende Praktiken verändert werden müssen. Bereits heute ist klar, dass Kaliningrad auch nach der Erweiterung Thema bleiben wird. Aber als Teil Russlands ist Kaliningrad zugleich eine feste Basis für künftige Kooperation.

Es ist von Wichtigkeit, dass Russland von der EU-Erweiterung profitieren kann. Russland hat sich verpflichtet, seine Gesetzgebung an die Standards der EU anzunähern. Die Wahl, den europäischen Weg zu gehen oder nationale Lösungen zu finden, um seine Rolle für die Zukunft Europas zu definieren, liegt aber allein bei Russland. Diese Wahl muss Kaliningrad berücksichtigen, das getrennt vom Mutterland bleibt und vor großen Herausforderungen steht.

Lösungen werden sich finden. Denn die heutigen und die künftigen EU-Mitgliedstaaten sind begierig, sich einander anzunähern. Und viele der Kaliningrader Herausforderungen werden sich als europäische herausstellen. Europa scheint in Teilen zu verstehen, dass, obwohl Kaliningrad einzigartig ist, viele der Herausforderungen, vor denen die Enklave steht, denen ähneln, die im nordwestlichen Russland anzutreffen sind.

Das Rätsel für Puti-Put

Der letzte Gipfel EU - Russland im Mai 2002 in Moskau hat gezeigt, dass man noch weit von einem Konsens über Kaliningrad entfernt ist. Präsident Putin fasste die Ergebnisse wie folgt zusammen: „Viele Probleme im Rahmen der Beziehungen zwischen Russland und der EU müssen noch gelöst werden. Mehr noch: der Weg der Lösungsfindung ähnelt einer Kette von Ereignissen, in der die Beschäftigung mit dem einen Problem ein neues schafft.“

Putin setzt auf bestimmte bilaterale Abkommen, so im Bereich von Sicherheit und Verteidigung, der Anerkennung des Status eines Landes mit Marktwirtschaft, und will den Verhandlungsprozess für eine komplexe Lösung für Kaliningrad beginnen.

Wie wird Putin die Kaliningrad-Frage lösen? Nur die Zeit wird dies zeigen, und wir werden sehen, was Putin - von seinem US-Amtskollegen einmal mit einem Puti-Put verglichen (in erster Linie aufgrund seiner Fähigkeit, einen Weg aus den kompliziertesten Situationen zu finden)- im Sinne von Kaliningrad gelingt.¶

Die EU-Osterweiterung

Krisenprävention auf Europäisch



Mag. M. Lugmayr
Politologe

Auch zwei Jahre vor der ersten Erweiterungsrunde ist die mediale Berichterstattung primär auf die ökonomischen Implikationen der EU-Osterweiterung konzentriert.

Die sicherheitspolitischen Überlegungen, die im Grunde das Herzstück des Beitrittsprozesses sind, bleiben großteils im argumentativen Hintergrund. Der folgende Beitrag greift dieses Defizit auf und gibt einen Überblick über die sicherheitspolitischen Chancen der EU-Osterweiterung und die Hintergründe, warum die Europäische Union aus geostrategischem Kalkül immer mehr Ländern einen Beitritt verspricht.

Inflationäre Zunahme der Beitrittsversprechen

Mittlerweile hat die Europäische Union fast der gesamten unmittelbaren Nachbarschaft in Ostmittel-, Südost- und Osteuropa versprochen, sie kurz-, mittel- oder langfristig voll in die EU-Strukturen zu integrieren. Hatte die Union bisher mit maximal vier Staaten gleichzeitig Verhandlungen geführt, so steht sie nach den Räten von Luxemburg (1997) und Helsinki (1999) mit zwölf Kandidaten in Beitrittsgesprächen. Darunter befinden sich einerseits die zehn Länder des ehemaligen Ostblocks (Bulgarien, Est- und Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowenien, Slowakische und Tschechische Republik, Ungarn) und andererseits die beiden Mittelmeerländer Malta und Zypern. Der Verhandlungskreis könnte sich mittel- bis langfristig noch erweitern, denn in der Zwischenzeit hat die Union nicht nur der Türkei, sondern am Rat von Fera auch dem Westbalkan eine,

wenn auch zeitlich unbestimmte, Beitrittsperspektive eröffnet. Eingerechnet der Türkei, Kroatien, Bosnien Herzegowina, Mazedonien, Albanien und der Föderalen Republik Jugoslawien, umfasst die Osterweiterung aus langfristiger Perspektive an die achtzehn Kandidaten.

Geostrategisches Kalkül - „Die Politik des kleineren Übels“

Die Osterweiterung ist aufgrund ihrer schwierigen politischen und ökonomischen Realisierbarkeit kein Wunschkind gewesen. Deshalb stand die EG den Beitrittswünschen aus dem ehemaligen Ostblock ursprünglich sehr skeptisch gegenüber und war nur zu einer partiellen wirtschaftlichen Liberalisierung im Rahmen verschiedener Abkommen bereit. Erst am Rat von Kopenhagen im Juni 1993 gab die EG-12 den zehn beitriftswilligen Staaten Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas überraschend ihr Versprechen, sie unter bestimmten Bedingungen in absehbarer Zeit voll in ihre Strukturen zu integrieren. Der Strategiewechsel hatte wenig mit ökonomischen, aber viel mit sicherheitspolitischen Überlegungen zu tun. Die schrittweise Öffnung der Union für immer mehr Beitrittskandidaten korreliert mit der Verschärfung der weichen und harten Sicherheitslage im ehemaligen Ostblock. Das blutige jugoslawische Drama, der ökonomische Transformationskollaps in Albanien (1997) und Russland (1998) und deren negativen Rückkopplungen auf Westeuropa sind zum Damoklesschwert für zukünftige Entwicklungen in der Region geworden. Den fünfzehn Regierungen wird vor Augen geführt, dass Krisen und Kriege im ehemaligen Ostblock durch ihre Streuwirkungen in Form von Wirtschafts- und

Kriegsmigration, organisierter Kriminalität, Umweltverschmutzung auch die eigene Sicherheitsbalance in Frage stellen und zudem durch Unterbrechung wichtiger Rohstoff- und Handelswege, Kriseneinsätze und Wiederaufbauhilfe hohe Kosten verursachen.

Nicht zufällig fiel die Kopenhagener Grundsatzentscheidung einen Monat nach dem blutigen Separationskrieg in Bosnien Herzegowina, der das Fehlen einer kurz- und langfristig angelegten europäischen Krisenprävention drastisch unterstrich. Innerhalb der EU hat sich die Auffassung durchgesetzt, dass die Instrumentalisierung der Beitrittswünsche als Reform- und Druckhebel die effizienteste Methode ist, eigene Sicherheits- und Stabilitätsinteressen in der unmittelbaren Nachbarschaft durchzusetzen. Die westlichen Regierungen haben damit jedoch ein Versprechen gegeben, das aufgrund der erheblichen Erweiterungsrisiken nur schwer einlösbar ist und sich im Spannungsfeld zwischen Tempo und Qualität bewegt. Zur Minimierung der Risiken müssen die Beitrittsländer und die EU im Vorfeld realpolitisch schwer durchsetzbare Reformen durchführen. Die Union verfolgt damit aber eine „Politik des kleineren Übels“, denn die mit der Erweiterung verbundenen Kosten und Reformanstrengungen stehen in keinem Vergleich zu den Folgen und Kosten einer im Chaos versinkenden unmittelbaren Nachbarschaft.

Die Erweiterung als Stabilisierungs- und Sicherheitsinstrument

Das Erweiterungskonzept hat sich mittlerweile zum zentralen Pfeiler einer kurz- und langfristig angelegten europäischen Krisenprävention entwickelt. Es entfaltet bereits lange vor den eigentlichen Beitritten seine

stabilisierende Wirkung, denn erhoffte Fortschritte werden von der EU an politische und ökonomische Reformfortschritte gebunden. Die sogenannten Kopenhagener Kriterien, welche für einen Beitritt unabdingbare Voraussetzung sind, zwingen die Kandidaten im Vorfeld zur Übernahme westlicher Rechts-, Sozial-, Demokratie- und Umweltstandards. Dazu zählen auch die Lösung von Minderheiten- und Grenzkonflikten, die Abschaltung maroder AKWs, die Übernahme einer umweltverträglichen Industrie- und Wirtschaftsform und die Etablierung einer vertrauensbildenden überregionalen Zusammenarbeit. Die Kombination aus Integrationsperspektive und effizient eingesetzter Finanzhilfe im Rahmen der Beitrittspartnerschaften und dem Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess soll ein berechenbares Verhalten garantieren und stärkt den westlich-orientierten Eliten innenpolitisch den Rücken. Diese können in jedem Fall notwendige Reformen mit dem in der Bevölkerung beliebten EU-Beitritt legitimieren. Dadurch wird bereits im Vorfeld der EU-Integration kriegerischen Auseinandersetzungen, gesellschaftlichen Krisen und deren Folgewirkungen für die Union präventiv entgegengewirkt. Mit dem Angebot einer zweiten europäischen Identität offeriert die EU den Reformstaaten eine Alternative zu übersteigertem Nationalismus à la Jugoslawien. Durch die Übernahme der europäischen Umweltrahmenrichtlinien für Luft-, Wasser-, Lärm- und Naturschutz, Abfallentsorgung und Kanalisierung wird grenzüberschreitenden Umweltkatastrophen vorgegriffen. Die Übernahme westlicher Justiz-, Rechts- und Grenzstandards erhöht die Filterwirkung der Beitrittskandidaten gegenüber organisierter Kriminalität und illegaler Migration.

In der zehnjährigen Praxis hat sich gezeigt, dass das Ausspielen der Beitrittsperspektive, wenn auch mit unterschiedlichem Erfolg, tatsächlich

ein starker Modernisierungs- und Stabilisierungsanreiz war. Bereits heute profitieren die EU und besonders ihre östlichen Randstaaten von den stabilisierenden Wirkungen. In Ostmitteleuropa und im Baltikum sind großteils funktionierende Demokratien entstanden. Nicht zuletzt orientiert an den Vorgaben für die EU-Mitgliedschaft unterscheidet sich ihre Ordnungspolitik immer weniger von der westeuropäischer Staaten. Dieser Prozess wurde durch die Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft nachhaltig unterstützt und dynamisiert. Die politökonomische Transformation und die Entschlossenheit, mit der sie durchgeführt wird, folgt der Notwendigkeit, die vom Europäischen Rat von Kopenhagen festgelegten Kriterien, zu erfüllen. Die Palette der durchgeführten Vorgaben reicht von der Minderheiten- und Menschenrechtspolitik bis zur Stilllegung oder Modernisierung maroder Kernkraftwerke. Die führenden Eliten der Kandidatenländer haben die Vorgaben und Konventionen oft gegen starke oppositionelle Widerstände in den Parlamenten durchgesetzt. Das betrifft beispielsweise die Roma in Bulgarien, Ungarn, Slowenien, Tschechien und Rumänien, dessen Parlamente inzwischen Maßnahmen und Programme für die Verbesserung der sozialen Lage verabschiedet haben. Das betrifft auch Est- und Lettland, die grundlegende Minderheitenrechte umgesetzt haben und durch eine Reformierung des Staatsbürgerschaftsrechts mit der Wiederintegration der russischen bzw. ostslawischen Bevölkerung begonnen haben. Ein Grundlagenvertrag zwischen Ungarn und der Slowakei, der die Rechte der ungarischen Minderheit regelt, wird gerade umgesetzt. Sogar die Türkei hat, trotz sehr vager Beitrittsaussichten, mittlerweile die Abschaffung der Todesstrafe beschlossen und bezüglich der kurdischen Minderheit Konzessionen gemacht. Die Beitrittsländer haben zudem im Rahmen der Schengen-Implementierung teilweise entgegen

traditioneller Beziehungsgeflechte, gegenüber den Nachbarn einer erweiterten EU die Visapflicht wiedereingeführt (z.B. Polen - Ukraine). Ein weiteres Beispiel sind die Zusagen der bulgarischen, lettischen und slowakischen Regierung ihre Kernkraftwerke vor einem Beitritt stillzulegen. Die Slowakische Republik, Lettland und Bulgarien haben sich trotz schwieriger Realisierbarkeit verpflichtet, das AKW Bohunice bis 2006/2008, Ignalina bis 2005 und Kosloduj bis 2002 vom Netz zu nehmen.

Langfristig erwartet man sich von der vollen Teilnahme am europäischen Entscheidungs-, Institutionen- und Binnenmarktgefüge eine Ausweitung der europäischen Friedenszone und eine nachhaltige ökonomische, politische und soziale Konsolidierung der Länder. Die Mischung aus wirtschaftlicher Verflechtung, Kohäsion und Abgabe nationaler Kompetenzen an ein gemeinsames Entscheidungsgefüge hatte in der Vergangenheit bereits Westeuropa erfolgreich stabilisiert. Das gleiche gilt für die Konsolidierung der ehemaligen Diktaturen und jetzigen Nettoempfänger Griechenland, Portugal und Spanien. Historische Konfliktlinien und übersteigerte Nationalismen wie im Falle des deutsch-französischen Gegensatzes verlieren durch den erhöhten sozialen Kontakt, vertrauensbildende Zusammenarbeit und grenzüberschreitende Kooperation an Brisanz. Der Einsatz von Krieg als Mittel der Konfliktlösung wird durch das Integrationsgeflecht fast gänzlich ausgeschlossen.

Interessensdivergenzen werden im Rahmen des institutionell verfassten Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses gütlich ausverhandelt.¶

Europa Macht Frieden - Macht Europa Frieden?

*Ein Rückblick auf die 19. Schlaininger
Sommerakademie*



Dr. Thomas Roithner
Wiss. Mitarbeiter
am ÖFSK Wien

Im 20. Jahr des Bestehens des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung (ÖFSK) fand vom 7. - 13. Juli 2002 die 19. Sommerakademie in Stadtschlaing statt. Die diesjährige Veranstaltung firmierte unter dem Titel: „Europa Macht Frieden“ oder „Macht Europa Frieden?“. Das zentrale Anliegen bestand darin, die Rahmenbedingungen und Veränderungen des breiten Themenspektrums zu erörtern und nach der Rolle, den Beitragsmöglichkeiten und Verpflichtungen zu fragen, die der EU und Österreich in diesem Kontext zukommen. Rund 160



Susanne Fischer
Politologin in Mainz

BesucherInnen kamen im Laufe dieser Woche ins stidliche Burgenland, um sich in den mittelalterlichen Gemäuern der Friedensburg an den unterschiedlichsten Diskussionen und dem Dialog zwischen Theorie und Praxis zu beteiligen.

Die Rolle Österreichs

Gerald Mader, Präsident des ÖFSK, stieg bei der Eröffnung direkt in die aktuelle politische Diskussion ein. Die NATO hat nach dem Abbau der Bedrohungen neue Aufgaben gesucht, die die Erhaltung eines Militärapparats rechtfertigen. „Das Ergebnis“, so Mader, „war die Konstruktion von diffusen Bedrohungsszenarien, wobei dem Militär die Bekämpfung der primär nichtmilitärischen Bedrohungen zugeordnet wurde. (...) Mit Hilfe diffuser Bedrohungsszenarien und medialer Unterstützung ist dem militärisch-industriellen Komplex das Kunststück gelungen, eine aufgrund der politischen und militärischen Entwicklung überholte

militärische Strategie und Sichtweise als neue Sicherheitspolitik zu verkaufen.“ Manfred Rotter (Universität Linz), der den Festvortrag hielt, führte im Hinblick auf die Herausbildung der GASP der EU aus: „Mit solchen Strukturen ist es nicht gerade einfach, Weltmacht zu spielen.“ Für Österreich bedeutet dies nach Rotter: „Eine allfällige Rolle der EU als Dritte Weltmacht wird jedenfalls nicht mehr an der österreichischen Neutralität scheitern.“ Das irische Beispiel zeigt aber, wie man sich sicherheitspolitisch in der EU Gehör verschaffen kann.

Neue Konfliktformationen

Peter Strutynski (Gesamthochschule Kassel) behandelte einmal mehr die Entwicklungen seit dem 11.9.2001. Zentral waren Überlegungen zur Völkerrechtlichkeit und der Transparenz der US-Terrorbekämpfung in Afghanistan. Die Neutralität ist eine Verpflichtung, sich nicht an Kriegen zu beteiligen. „In allen neutralen Ländern der EU beobachten wir eine sich öffnende Schere zwischen dem Willen der Regierungen, die Neutralität als ‚unzeitgemäß‘ abzutun und zumindest neu zu interpretieren und dem Beharren großer Teile der Bevölkerung dieser Länder auf ihrer Neutralität bzw. Allianzfreiheit. Die Widerständigkeit der Bevölkerung gegen die eigene Regierung hat sich zuletzt im Aufbegehren der IrInnen gezeigt, die sich mehrheitlich in einem Referendum gegen die Nizza-Verträge und damit auch gegen die weitere Militarisierung der EU ausgesprochen haben“, so der Kasseler Friedenswissenschaftler Strutynski. Carola Bielfeldt von der Universität Innsbruck griff diese Überlegungen auf und entwickelte die These, dass vor effektivem und gemeinsamen Handeln der EU eine Definition der gemeinsamen Interessen notwendig wäre. Hierzu gehöre auch die Überlegung, ob die

Konfliktprävention, die bisher lediglich (aber immerhin) erklärte Politik der EU sei, gestärkt würde, oder ob militärische Vorgehensweisen den Vorzug erhielten. Österreich, so die These von Carola Bielfeldt, war in der EU-Außenpolitik nicht besonders kreativ und nicht besonders mutig. Gegenwärtig handeln die österreichischen Militärs nach dem „doppelten Kindergartenprinzip“. Das erste Prinzip: Da hat jemand was, was ich nicht habe. Das zweite Prinzip: Da ist eine Gruppe und ich bin nicht drin.

Neue Bedrohungen für Europa?

Im Zusammenhang mit dem Aspekt der Sicherheit machte in den vergangenen Monaten ein weiterer Begriff politische Karriere: ‚die neuen Bedrohungen‘. Sicherheit lässt sich nicht ohne die Aspekte ‚Bedrohungspersonen‘ und ‚Rüstung‘ diskutieren. Andreas Zumach (Journalist, Genf) wies auf die soziale Konstruktion von Bedrohungsszenarien und Feindbildern hin. Zumach schlussfolgert: Selbst wenn die EU das Geld hätte, mit den USA rüstungspolitisch gleichzuziehen, würde die EU diesen Wettlauf letztlich verlieren. Auf der Strecke bleiben auf jeden Fall jene (vor allem sozialpolitischen) Vorteile, die das europäische Modell gegenüber dem US-amerikanischen Modell aufweist. Werner Ruf (Universität Kassel) kritisierte die Demontage des UN-Systems und im Hinblick auf den 11.9. führte er aus: „Der 11. September wird von allen Diktaturen der Welt genutzt, um noch hemmungsloser als zuvor innenpolitische Gegner zu verfolgen“ und nimmt dabei die Politik der USA nicht aus. Um die US-Außenpolitik drehte sich auch die Podiumsdiskussion „Hiroshima mahnt!“ Die von den USA entwickelten Mini-Atomwaffen, die die Führbarkeit von Atomkriegen regional ermöglichen soll bis zu den Planungen des Raketenabwehrschildes reichten die Themen. Die US-Regierung erwägt laut Donald Rumsfeld den vollkommenen Verzicht auf Rüstungskontrollabkommen mit Russland.

Weiter neutral in der EU?

Unter der Diskussionsleitung von Wolfgang Machreich (Die Furche) widmete sich Franz Leidenmühler dem Einfluss der österreichischen Neutralität auf die gesamteuropäische Sicherheit. Um die Neutralität zu stärken und positiv auf die EU-Sicherheitspolitik Einfluss zu nehmen, wäre es nach Ausführungen von Leidenmühler sinnvoll, ähnlich der irischen Regierung, in bezug auf Artikel 17 des Vertrages über die EU, EU-



Birgit Mahnkopf

Auslandseinsätze nur mit UNO-Mandat vertraglich festsetzen zu lassen. Eine Verpflichtung, die mit den Artikel 23 f der Verfassung in Diskussion geraten ist. Wolfgang Machreich fasst Leidenmühlers Thesen in der „Furche“ zusammen: Im Verbund der GASP ist durchaus Platz für dauernd neutrale Staaten, wie Irland zeigt. Eine ganz andere Frage - die Leidenmühler negativ beantwortet - ist, „ob Österreich gewillt ist, die vorgefundenen Möglichkeiten wahrzunehmen bzw. auszuschöpfen.“

Ökonomie eines friedlichen Europas

Zentraler Aspekt war hier die Frage nach der Rolle europäischer und nationaler Entwicklungspolitik wie Sozialpolitik unter den Rahmenbedingungen der Globalisierung. Gerda Daniel (Horizont 3000) legte am Beispiel des EU-Gipfels von Sevilla dar, wie sehr die Entwicklungshilfe vom „good will“ der EU-Länder abhängt. Walter Sauer (SADOCC) verdeutlichte am Beispiel Südafrika die Schwierigkeiten, mit denen Entwicklungsländer sich konfrontiert sehen, wenn die Entwicklungspolitik von den Geberländern als Handelspolitik

instrumentalisiert wird. Birgit Mahnkopf (Fachhochschule für Wirtschaft Berlin) und Stephan Schulmeister (WIFO) knüpften an die Diskussionen an und vertieften die Bedeutung der Politik angesichts der wirtschaftlichen Entwicklungen und der Konsequenzen; vor allem in und gegenüber Ländern mit instabilen Ökonomien. Ausgehend von der Feststellung, dass der Terminus 'Globalisierung' zunächst einer Definition bedürfe um nicht analytisch „schwammig“ zu werden, führte Schulmeister eine Differenzierung der Ursachen für die bereits diskutierten Fehlentwicklungen ein. Die Moderatorin Veronika Gasser resümierte in der Wiener Zeitung den damit im Zusammenhang stehenden Rückzug der Politik und fasste den Rat des Wirtschaftsforschers Schulmeister an die NGOs zusammen: Medienwirksame Aktionen bezüglich der „EU-Institution mit höchster Machtkonzentration, die vor allem die Interessen des Finanzkapitals vertritt.“

Verantwortung der Religionen für Frieden

Gerade nach den Anschlägen des 11.9.2001 wird der Diskussion um den interreligiösen Dialog wieder eine größere Bedeutung gegeben. Omar Al-Rawi (Muslime), Oberrabbiner Chaim Eisenberg (Israelitische Kultusgemeinde), Bischof Paul Iby (Kath. Kirche), Superintendentin Gertraud Knoll (Evang. Kirche), Bimal Kundu (Hinduistische Gemeinde) und Eva Maroscheck (Buddhistische Gesellschaft) waren sich einig, dass man „auf das Aufrechnen“ verzichten würde, so die Moderatorin Gabriele Neuwirth in einem Beitrag der Kirchenzeitung.

Europa Macht Frieden

Die Abschlussdiskussion war einmal mehr mit prominenten Vertretern von Wissenschaft und Politik zum Thema „Europa Macht Frieden“ besetzt - Johan Galtung, Otmar Höll (ÖIIP) und Erwin Lanc (Bundesminister a.D.). Es kam vor allem der Krieg in Afghanistan und die aktive Neutralitätspolitik zur Sprache. Der „Doyen der Friedensforschung“, wie die Moderatorin Gudrun Harrer Johan Galtung in ihrem Bericht im „Standard“ bezeichnete, stellte den Nahostkonflikt ins

Zentrum seiner Analyse und plädierte für eine Internationalisierung. Die EU sollte nicht nur als Vermittler, sondern auch als Modell fungieren. Galtungs Überlegungen gehen in Richtung eines „arabischen Benelux“. Erwin Lanc betonte in seinem Schlusswort die Verantwortung und die Bedeutung der neutralen Staaten. Die Neutralität kann und muss nach Lanc wieder zu einem Instrument einer aktiven Friedenspolitik ausgebaut werden.



Carola Bielfeldt

An den Nachmittagen fanden parallel sechs Workshops statt. Neben einem Integrativseminar wurden noch Workshops über Dynamik und Perspektiven des Nahostkonfliktes, über die Kunst der Konflikttransformation mit friedlichen Mitteln, über zivilgesellschaftliche Veränderungsprozesse sowie über den friedenspolitischen Graben im Cyberspace angeboten.

Der militärisch-industrielle Komplex

Einer der Workshops beschäftigte sich mit der Europäischen Rüstungsindustrie. Es geht nach dem Berliner Konfliktforscher Stefan Gose in der EU-Sicherheitspolitik um die Frage: „Wer hat für diesen Einsatz jetzt und hier das passende Gerät?“. Das bedeutet, dass Staaten mit ihren Rüstungseinkäufen sich für bestimmte Militäreinsätze vorbereiten. Mit der Entscheidung für den Eurofighter wurde ein „starkes Symbol“ gesetzt und mit der entsprechenden Bewaffnung ist Österreich als Fixstarter in einem europäischen Luftkriegsgeschwader positioniert.¶



Antonio M. Costa

The New Economist

In December 2001 the Director of UN Drug Control Programme (UN DCP) Pino Arlacchi left the Organisation and was followed by the Italian official Antonio Maria Costa who was appointed by UN Secretary General Kofi Annan in March 2002 as Director of UN Office at Vienna (UNOV) and head of the office of Drug Control and Crime Prevention (ODCCP) which includes the UNDCP. Mr. Costa is the antithesis, and many may hope anti-dote, to his predecessor Mr. Arlacchi. Whereas Mr. Arlacchi used to be Professor of Sociology who later worked for the Italian government in an anti-mafia task force, Mr. Costa is an economist with a strong capacity for organisational management skills. High hopes lie with Mr. Costa after UNDCP's image was severely tarnished with allegations against the former director ranging from mismanagement to corruption.

Biography

Born in 1941 in Mondavi (Italy) Mr. Costa graduated from the University of Turin with a degree in political science and later from the University of California at Berkeley with a Ph.D. in economics. After graduation he worked as an economist in the UN Department of International Economics and Social Affairs (1969 - 1983), eventually becoming Head of Unit. This was followed with a 4-year stint in Paris as Under-Secretary General (Special Counselor) in the Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD). During this time he was a member of the OECD Working Group for the liberalisation of capital flows and the control of financial transactions, as well as Alternate Member of the International Monetary Fund (IMF). He then joined the Commission of the European Union (1987 - 1992), eventually serving as Director-General for Economics and Finance. During his time with the EBRD he oversaw political issues, institutional affairs, corporate governance and questions relating to shareholders. Today, as a senior

UN manager, he serves in the Senior Management Group (SMG) which acts as the Secretary-General's cabinet and the central planning body of the UN. The SMG makes the UN more effective by allowing senior managers to plan together, share information, pool efforts, coordinate activities, avoid duplication, and work for common objectives. Mr. Costa is strongly associated with professional bureaucracy and the comparatively dull, staid image of economics which makes him an unlikely candidate for the world of drugs and crime. However, he spent half of his professional life within the UN system (almost 15 years), an attribute almost essential to a higher UN management position so as to understand how the complex organisation works. Mr. Costa himself believes that during this time he learnt three key elements which will enable him to fulfill the role of a successful leadership capacity, namely grasping the political sensitivities, management requirements and economics of the job.

Setting goals

One of the first things on his agenda in his new position was to redefine the mission statement of ODCCP. ODCCP assists Member States in implementing international resolutions on some of the most burning socio-political issues of our time: drugs, crime and terrorism. Member States are provided with expertise and guidance to strengthen international cooperation and control in these areas. The new Executive Director of ODCCP has put stress on five areas which he believes require urgent action. Firstly, the recovery of governance and credibility, a necessary prerequisite for unlocking resources from potential donors and securing support and trust from Member States, secondly the definition of a management framework to ensure that the initiatives taken are consistent with an overall vision and approach. Thirdly the commitment to deliver what was initially set out with the funding made available to ODCCP, fourthly to nurture an environment

of good governance within ODCCP, to show transparency and fairness in human resource management and lastly to present a transparent organisation to the outside world. Other new initiatives are to include the private sector in the fight against drugs and crime. More initiatives will be started from ODCCP to involve such institutions as corporate finance and the international media. An example of a project already in progress is the a peer-based drug and alcohol safety, education and rehabilitation programme in Australia which organised trade unions to form a committee with branches in the building and construction industry. Another reason for wanting to involve the private sector is to try and stem the flow of financial resources which fund both drugs and terrorism. Mr. Costa plans to further involve the judiciary who should serve as an incentive to make banking institutions more responsible and transparent. Taking Afghanistan as a prime example for the narcotics, crime and terrorism nexus, Mr. Costa outlined the strategies ODCCP has taken, and plans to take, in the near future. Firstly, the development of a narcotics strategy supported by the international community and in particular by the G8. Projects within the country were launched to establish a proper drug control administration. To help eradicate drug cultivation, trafficking and abuse, the neighbouring countries and problems need to be addressed. If a Tajik border official with dismally low wages is bribed into turning a blind eye, little will be achieved in terms of border control. Mr. Costa thus believes that more emphasis needs to be placed on understanding the economics of the Afghan and neighbouring countries' dependence on narcotics. He plans to put the ample data and research material on this issue together to show the economic side and financing of the narcotics trade as the common denominator for crime, drugs and terrorism. With his clear-cut, economics based strategies Mr. Costa is tackling the drugs, crime and terrorism problem in a feasible and rational way. Economics determines the three pillars of ODCCP work and can work to undermine all three if applied properly.¶

Lisa Scheidl

Sinologist and Political Scientist



Das GLOBAL VIEW erscheint seit 1997 als Nachfolgemagazin von „The Face“ und sieht sich seither als überparteiliche Plattform für den außenpolitischen und internationalen Dialog.

Wir danken den Autoren und Lesern und wünschen ein frohes Neues Jahr!

Die Redaktion

Nächste Ausgabe

Das UN-Jahr des Wassers

DVR: 0875538 | Erscheinungsort: Wien,
P.b.b. Verlagspostamt: A-1010 Wien | GZ: 02Z030108M
Ausgabe Nr.: IV/2002

Über den Herausgeber:



Das **Akademische Forum für Außenpolitik (AFA)** ist die überparteiliche Jugendorganisation Österreichs für alle an internationalen Fragen Interessierte sowie Zweigverein der **Österreichische Liga für die Vereinten Nationen**.

Nähere Informationen:

<http://afa.at>

Büro:

Johannesg. 2/2/32, A-1010 Wien
Tel./Fax: +43/1/512 85 21
E-Mail: austria@afa.at

Präsident:

Michael F. Pfeifer
Tel.: +43/664/233 32 72
E-Mail: austria@afa.at

Generalsekretärin VIMUN:

Bettina T. Kölbl
Tel.: +43/664/222 60 80
E-Mail: vimun@afa.at



Aus dem Veranstaltungsprogramm der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen und dem Akademischen Forum für Außenpolitik:

Dienstag, 10. Dezember 2002, 13:00 Uhr

Jour Fixe der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen:

„Europa-USA: Partnerschaft in der Krise“

Bot. i.R. Dr. Albert ROHAN; ehem. Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten

Hotel de France - Salon Baccarat

A-1010 WIEN, Schottenring 3

Kosten: 24,50 EUR für ein Menü mit Getränk

Anm.: Tel.: 01/513 08 37 Fax: 01/513 08 37/15

E-Mail: una.austria@afa.at

Aufgrund der Vielzahl unserer Aktivitäten stehen zum Redaktionsschluss noch nicht alle Termine fest. Ein stets aktueller Überblick zu Veranstaltungen von LIGA und AFA sowie Tipps zu Veranstaltungen anderer Organisation ist über <http://afa.at> („Events in Vienna“) abrufbar.

Beiträge sind uns jederzeit herzlich willkommen!

**Akademisches Forum für Außenpolitik (AFA)
z.H. Fr. Chefredakteurin Andrea Doczy
Johannesgasse 2/2/32
A-1010 Wien**